



MONTAGSPOST – Nachrichten, Termine, Informationen

24. September 2018

Liebe Genossinnen und Genossen der KölnSPD,
liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

hier wieder die aktuellen Berichte und Termine der KölnSPD. Viel Spaß beim Lesen und immer dran denken: Wenn etwas Spannendes passiert, schickt es uns zu. Die Montagspost lebt vom Mitmachen.

Bitte beachtet die Deadline: Wenn Ihr Termine oder Artikel für uns habt, sendet Texte und Bilder bitte bis jeweils Freitag, 12 Uhr an: termine.koelnsdp@gmx.de. Änderungen bzw. Absagen bereits eingereichter Termine bitte sowohl an termine.koelnsdp@gmx.de als auch an Lukas Behrenbeck (l.behrenbeck@web.de) mitteilen, da Letzterer somit die Termineinträge auf koelnsdp.de anpassen kann.

Glück Auf!

Frank Mederlet
Geschäftsführer

Marco Malavasi
Redaktion

Klare Haltung der NRWSPD in der Causa Maaßen zeigt Wirkung: Dank des hohen Drucks von allen Seiten ist die Beförderung vom Tisch

Der Druck hat gewirkt. Am Sonntag hat sich die Große Koalition geeinigt, Maaßen nicht zu befördern. Auf Druck der SPD wurde neu verhandelt. Ohne den Widerstand aus der Bevölkerung wäre dies nicht möglich gewesen. Am Samstag hat die NRWSPD hier klar Stellung bezogen und ihren Beitrag geleistet, zu einer guten Lösung zu finden. Hier der Beschluss des Landesparteirats im Wortlaut:

"Der Landesparteiirat der NRWSPD begrüßt die Entlassung des Präsidenten des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen. Er hat durch seine unbelegten und später widerlegten Äußerungen zu den Hetzjagden des rechten Mobs in Chemnitz dem Amt schweren Schaden zugefügt. Seine Entlassung ist ein notwendiger Schritt, um das Vertrauen in die Arbeit des Verfassungsschutzes wieder herzustellen.

Die Absicht von Bundesinnenminister Horst Seehofer, Maaßen zum Staatssekretär im Bundesinnenministerium zu ernennen, lehnen wir ab. Sie untergräbt das Vertrauen der Menschen

im Land in Politik und Behörden und trägt damit dazu bei, demokratische Entscheidungsprozesse zu delegitimieren und fügt sich damit nahtlos in die bisherige rechtspopulistische Provokationsstrategie des CSU-Vorsitzenden ein.

Der Koalitionsausschuss wird sich nach der Aufforderung durch unsere Vorsitzende Andrea Nahles die Frage der weiteren Verwendung des Beamten Hans-Georg Maaßen ein weiteres Mal vorlegen und will sie im Lichte der Debatte der vergangenen Tage neu bewerten. Andrea Nahles hat deutlich gemacht, dass die bestehende Vereinbarung ein Fehler war und revidiert werden muss, um nicht weiteres Vertrauen zu zerstören.

Das ist gut so. Die übergroße Mehrheit der Menschen im Land will weder, dass ein aus gutem Grund abberufener Spitzenbeamter mit einem hochdotierten Staatssekretärsposten versorgt wird, noch ist sie bereit, die rechtspopulistischen Eskapaden des amtierenden Bundesinnenministers weiter zu ertragen. Sie will, dass das Land ordentlich regiert wird und endlich die Herausforderungen gemeinsam angegangen werden. Auch die Geduld der SPD als Koalitionspartner ist erschöpft.

Wir erwarten, dass Angela Merkel als Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende endlich wieder die politische Führung der Unionsparteien wahrnimmt und dafür sorgt, dass ihre Regierungsfähigkeit wiederhergestellt wird. Auch Horst Seehofer trägt als CSU-Vorsitzender und Bundesinnenminister Verantwortung für den Erfolg der Koalition. Wenn er diese nicht mehr wahrnehmen kann oder will, muss er seine Ämter zur Verfügung stellen.

Die SPD hat sich in den vergangenen Monaten als stabiler Anker der Bundesregierung erwiesen. Wir waren es, die mit dem Rentenpaket, dem Sozialen Arbeitsmarkt und der Wohnungspolitischen Initiative die Probleme der Menschen im Land konkret angegangen sind. Jetzt ist es an Kanzlerin Angela Merkel innerhalb der Union dafür zu sorgen, dass die Regierungsarbeit nicht weiter durch die Alleingänge von Horst Seehofer, wie aktuell durch die Personalie Maaßen, belastet werden darf.

Schon nach sechs Monaten braucht es einen Neustart der Koalition. Er kann gelingen, wenn alle drei Koalitionspartner bereit und in der Lage sind, die Vereinbarungen im gemeinsamen Koalitionsvertrag zum Wohle des Landes umzusetzen. Nur eine handlungsfähige Koalition kann dem Rechtspopulismus wirksam entgegentreten. Die Verantwortung dafür ist groß – es wird Zeit, dass auch CDU und CSU sie annehmen.

„Köln stellt sich quer“ kritisiert den Erdogan-Besuch in Köln

Das Kölner Bündnis „Köln stellt sich quer“ hat sich immer wieder rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppen aus Köln und Europa entgegengestellt, die aus islam- und fremdenfeindlichen Motiven den Bau der Kölner Moschee und damit auch die Religionsfreiheit in Frage gestellt haben.

Die Religionsfreiheit ist aber eng verbunden mit der Menschenwürde, die unteilbar für alle Menschen gilt und weiteren Grundrechten, wie dem allgemeinen freien Wahlrecht, der Pressefreiheit, dem Demonstrations- und Streikrecht sowie dem Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation. Diese Grundrechte, die unser Grundgesetz allen in Deutschland lebenden Menschen garantiert sind und bleiben unveräußerliche Leitlinien für „Köln stellt sich Quer“.



In Anbetracht dieser Grundüberzeugungen kann der Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Erdogan mit seiner Visite in Köln keine Freude in der Kölner Stadtgesellschaft auslösen. Es mag sein, dass die Bundesregierung es als diplomatischen Erfolg betrachtet, dass Präsident Erdogan die Einladung zu einem Staatsbesuch angenommen hat und sich die Hoffnung erfüllt, die zuletzt angespannten Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei würden sich angesichts von militärischem Zeremoniell und Staatsbankett tatsächlich wieder verbessern – für die Menschen, die nach dem Putsch in der Türkei verhaftet wurden oder fliehen mussten, ist der Empfang mit allen Würden und Würdigungen ein Affront.

Präsident Erdogan steht für eine Spaltung der türkischen Bevölkerung, die bis nach Deutschland reicht. Misstrauisch und zum Teil feindselig stehen sich die Gegner*innen und Befürworter*innen der Politik Erdogans auch in Deutschland und in Köln gegenüber.

Gemeinsam mit seinem früheren Vertrauten und jetzigen Feind, Fethullah Gülen, haben Erdogan und seine AKP die Türkei zu einem religiösen und nationalistischen Staat umgebaut und so weit von den Werten und demokratischen Grundsätzen der EU entfernt.

Nach dem Putsch-Versuch 2016 wurden Zehntausende Lehrer*innen, Gewerkschafter*innen, Journalist*innen, Wissenschaftler*innen aber auch Angehörige von Verwaltung, Militär und Justiz, religiöse Minderheiten und engagierte Bürgerinnen und Bürger unter mehr oder weniger fadenscheinigen Gründen aus ihren Ämtern entfernt. Viele wurden inhaftiert, andere sind emigriert; Menschenrechte wurden vielfältig ausgehebelt und es herrschen Angst und Schweigen.

„Wenn man sich nicht öffentlich äußert, kann einem nichts passieren“, sagen immer öfter Menschen, die aus der Türkei stammen oder berufliche und private Verbindungen in die Türkei haben und diese nicht gefährden wollen. Zu groß ist die Angst, nicht mehr in die Türkei reisen zu dürfen, dort Repressionen zu erfahren oder Freunde und Bekannte zu gefährden. Damit eicht die Politik Erdogans bis weit in den Alltag und das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Köln.

Erdogan trägt seine innerstaatlichen Konflikte, seine Verfolgung von Andersdenkenden und religiösen Minderheiten, die Einschränkung der freien Presse und politischen Opposition auch in die deutsche und Kölner Gesellschaft, er diffamiert die politische Demokratie und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten in Deutschland. Mit nationalistischen Einlassungen auf deutschen Boden konterkariert er bewusst alle Anstrengungen um Integration und gleichberechtigtes Zusammenleben.

Es besteht die Gefahr, dass die Bilder vom Empfang des Staatspräsidenten der Türkei mit militärischen Ehren und von den Gesprächen mit Bundespräsident Steinmeier und Kanzlerin Merkel als Bestätigung und Rechtfertigung seiner Politik betrachtet werden und die Anliegen der Opposition weiter schwächen. Das kann ein hoher Preis sein für die Hoffnung auf einen verbesserten Dialog beider Länder.

Im Wissen darum, einen Besuch in Köln nicht verhindern oder den Ablauf des Besuches nicht beeinflussen zu können, fordert „Köln stellt sich quer“:

- Auch in der Türkei müssen Menschenrechte in vollem Umfang gewahrt werden.
- Sämtliche inhaftierten Journalist*innen, Gewerkschafter*innen, Wissenschaftler*innen, Lehrenden, Künstler*innen, Oppositionspolitiker*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, die ohne Anklage oder Prozess festgehalten werden, müssen unverzüglich freigelassen werden.

-
- Die türkische Regierung muss rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien umsetzen, indem in der Türkei Meinungs- Presse- und Kunstfreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsrechte wieder hergestellt werden und die Verfolgung Andersdenkender und Andersglaubender eingestellt wird
 - Wir fordern Präsident Erdogan und seine Regierung auf, sich in der Türkei wie im Nahen Osten für friedliche, politische Lösungen, für den Respekt von Völker- und Menschenrechten einzusetzen sowie auf militärische Interventionen in den von Kurden bewohnten Regionen zu verzichten und damit zur Deeskalation von Konflikten aktiv beizutragen, die hunderttausendfachen Tod und millionenfache Flucht verursachen, soziales Elend und wirtschaftliche Zerrüttung mit sich bringen würde.
 - Jede Maßregelung von Politikerinnen und Politikern und anderer gesellschaftlicher und sozialer Kräfte, die sich in Deutschland kritisch zur Politik Erdogans äußern, hat zu unterbleiben. Drohungen wie sie z.B. im Zusammenhang mit der Resolution zum Völkermord an den Armeniern durch in Deutschland aktive Lobbygruppen wie der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (Avrupalı Türk Demokratlar Birliği (UETD))/Union Internationaler Demokraten (UID) formuliert wurden sind ebenso wenig hinzunehmen, wie die Androhung von Gewalt durch Rockergruppen wie den Osmanen Germania Boxclub.
 - Die türkische Regierung wird hinnehmen müssen, dass Frauen und Männer, die aufgrund ihres politischen und gesellschaftlichen Engagements, ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Volksgruppen oder Religionsgemeinschaften, ihrer sexuellen Orientierung etc. aus der Türkei nach Deutschland fliehen mussten, hier einen sicheren Aufenthalt haben werden.

Wir möchten unsere kritische Haltung zum Staatsbesuch von Erdogan nicht als Protest gegen den Islam, gegen die Türkei oder die Menschen in Türkei missverstanden wissen. Wir distanzieren uns ausdrücklich von islamfeindlichen Kritikern aus dem Umfeld der AFD und anderer rechtspopulistischer wie rechtsextremer Gruppierungen.

Wir fordern Toleranz und Respekt füreinander in Köln, in Deutschland und der Türkei – dieser Forderung werden wir Ausdruck verleihen mit einer „Leseperformance“ die am 29.9. parallel zum Moschee-Besuch von Präsident Erdogan im Stadtgarten stattfinden wird. Genauere Informationen dazu werden folgen.

Der Sprecherkreis von „Köln stellt sich quer“

Thema Moscheebeirat - Zur Information für die KölnSPD

Persönliche Erklärung von Gabriele Hammelrath, KölnSPD, zum Rückzug aus dem Moscheebeirat

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte Euch auf diesem Weg über die Aktivitäten im Zusammenhang mit DITIB bzw. dem DITIB-Moscheebeirat informieren.

Zunächst bedauere ich sehr, dass die Presse bereits berichtet hat, obwohl der offene Brief zum Ausstieg aus dem DITIB Moscheebeirat noch nicht veröffentlicht war. Der Brief befindet sich im Anschluss dieser Erklärung.

Was ist der Hintergrund:

Das Engagement unserer Partei und damit meiner Person im Moscheebeirat (durch einen Parteitagsbeschluss legitimiert) hatte verschiedene Motive: ein klares Bekenntnis zur

Religionsfreiheit unserer Verfassung, damit dem Recht für Muslime auf ein repräsentatives Gotteshaus, ein Gegenentwurf zur Islamophobie der Rechten und Rechtsextremen, ein Zeichen für das Willkommen auch muslimischer Migranten und zuletzt die Hoffnung, dass sich die DITIB ein Stück von der Steuerung durch das Religionsministerium aus Ankara emanzipieren würde. Und tatsächlich sah es in den ersten Jahren so aus, als könnte das gelingen.

Seit geraumer Zeit allerdings ist festzustellen, dass die DITIB – parallel zu Erdogans Kurs in der Türkei – sich immer mehr vor der deutschen Öffentlichkeit verschließt. Mit einigen Mitgliedern des Moscheebeirats habe ich das immer wieder thematisiert, allerdings ohne Erfolg. Nachfragen oder Diskussionsbeiträge wurden bestenfalls ignoriert, wenn es z.B. um Prediger und Inhalte von Predigten ging, sogar als islamfeindlich und unverschämt eingestuft.

Wir haben mehrfach in der Partei über unsere Position zu DITIB diskutiert mit einer deutlichen Tendenz, die Mitarbeit im Beirat aufzugeben. Ich habe demgegenüber lange Zeit versucht, die Mitarbeit aufrecht zu erhalten, um den Gesprächskontakt zu den Mitgliedern der Gemeinde nicht aufzugeben. Aber nach vielen gescheiterten Versuchen, die ursprüngliche Idee eines offenen Miteinanders wieder zu beleben, sehe ich mit einigen anderen Mitstreitern im Beirat diese Versuche als gescheitert an.

Damit war mein Austritt aus dem Beirat nur folgerichtig.
Eure Gabriele Hammelrath, stellv. Vorsitzende KölnSPD

Offener Brief einer Gruppe von Mitgliedern des Moscheebeirats an die DITIB

Sehr geehrte Damen und Herren!

In den letzten Jahren hat es innerhalb des Moscheebeirats immer wieder Irritationen über Auftrag und Zielsetzung dieses Beirats gegeben.

Einige Mitglieder haben immer wieder versucht, diese Irritationen auszuräumen und einen transparenten und offenen Dialog auf Augenhöhe zu erreichen.

Leider ist das weder in einem gemeinsamen Gespräch mit den Vorsitzenden gelungen, noch ist auf unseren Vorschlag für die Gestaltung der weiteren Beiratsarbeit eine konstruktive Antwort erfolgt.

Wir stehen eindeutig zu dem Ziel eines friedlichen Zusammenlebens und der Kommunikation von Menschen unterschiedlicher Religionen, Kulturen und Herkünfte. Wir werden dieses Ziel in unseren unterschiedlichen Funktionen und Wirkungskreisen auch weiterhin mit großem Einsatz verfolgen.

Dazu braucht es aber keinen Moscheebeirat in der jetzigen Form.
Darum möchten wir unsere Mitgliedschaft im Moscheebeirat beenden.

Unter anderen Gabriele Hammelrath, Hannelore Bartscherer

Veranstaltung „Was ist heute links?“

Am 18.09.2018 fand die gemeinsame Veranstaltung der KölnSPD und der LINKEN Köln zum Thema „Was ist heute links?“ statt. Prof. Dr. Uli Schöler brachte sein Buch „Herausforderungen an die Sozialdemokratie“ mit und erläuterte seine zehn Thesen, vor welchen Herausforderungen die linken Parteien heute stehen. Eine Zusammenfassung von Schölers Thesen kann in diesem Artikel nachgelesen werden: <http://indes-online.de/4-2016-zehn-leitbilder-fuer-eine-moderne-linke>

Im Anschluss diskutierten für die LINKE Dr. Carolin Butterwegge, Dr. Hans Günter Bell und Matthias W. Birkwald, und für die KölnSPD Gabriele Hammelrath, Jochen Ott und Sarah van Dawen-Agreiter über einzelne Thesen Schölers. Auch für Fragen und Anregungen der über 80 interessierten Besucher*innen war Zeit. Das bestimmende Thema des Abends waren Veränderungsperspektiven für die politische Linke: Wie analysieren wir die Gründe der politischen Krise der linken Parteien und welche Antworten geben wir



darauf? Zentrale Fragen waren danach zB mit welcher Sprache und welchen Themen linke Politik wieder glaubwürdiger werden und mehr Menschen erreicht werden können? Welche Machtperspektiven gibt es? Wie können wir wieder Ansprechpartner vor Ort sein und die Lebenswirklichkeit der Menschen verbessern ?

Mit Skepsis wurde die neu gegründete Bewegung „Aufstehen“ betrachtet. Im Gegensatz zu anderen gesellschaftspolitischen Initiativen wurde diese nicht aus der Gesellschaft heraus, sondern von oben herab gegründet. Anlass zur Sorge bereitet, dass keiner der Initiatoren sich zu den Vorfällen in Chemnitz geäußert hat. Das lässt die Frage offen, ob damit bewusst auch Menschen am rechten Rand des Spektrums in diese Bewegung eingebunden werden sollen. Die Veranstaltung war ein gelungener Auftakt. Der Austausch der beiden Parteien über

SPD Porz erreicht wichtige Beschlüsse zur Entwicklung in Porz-Mitte

Nach monatelangem Gezerre um Porz-Mitte ist es der Porzer SPD-Fraktion letzte Woche gelungen, zentrale Forderungen der SPD in einem Beschluss in der Bezirksvertretung durchzusetzen. Letztlich ist es gelungen – mit der Unterstützung vieler anderer Porzerinnen und Porzer – CDU, Grüne und FDP (also die „regierende“ Mehrheit) bzgl. der Schulstandorte und des Rheinufers auf die Seite der SPD zu ziehen. Die Fraktion hatte einfach die richtigen Argumente.

Für Porz-Mitte ist nun (mit Beschlüssen aus vorherigen Sitzungen) in die Wege geleitet:

1. Grundschule und Musikschule bleiben im Verbund am alten Standort.
2. Das Berufskolleg zieht gemäß der bestehenden Beschlusslage nach Deutz.
3. Die Planung der Oberflächen und Außenanlagen in der Porzer City kann beginnen.
4. Für verschiedene Maßnahmen können bis zu 21 Mio. € Fördermittel für Porz generiert werden.
5. Eine Neuplanung des Rheinufers kann erfolgen inkl. einer möglichen Nutzung der Räume im Rathaus.
6. Die Neuvermietung der Pavillons auf der Brücke über die Hauptstraße soll bis zu einer Neuplanung zurückgestellt werden.

Das ist gut, weil es zeigt, dass die ehrenamtliche politische Arbeit doch nicht umsonst ist und wertgeschätzt wird. In diesem Sinne wird die Porzer SPD weiter arbeiten.

Aufruf der AsF: International Safe Abortion Day

Der 28. September ist "International Safe Abortion Day"! Ursprünglich ins Leben gerufen in Lateinamerika in den 90ern, ist der 28. September mittlerweile ein weltweit bekannter Aktionstag, der sich für Entkriminalisierung von und sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einsetzt.

Der Schwangerschaftsabbruch ist auch in Deutschland entgegen der landläufigen Meinung bis heute nicht legal, sondern laut §218 nur unter bestimmten Bedingungen straffrei. Die Schwangeren werden in ihrer ohnehin schwierigen Situation verunsichert und gegängelt, statt sie dabei zu unterstützen, eine selbstbestimmte Entscheidung über ihr Leben und ihren Körper zu treffen.

Gleichzeitig werden auch die Ärzt_innen die den Eingriff durchführen zunehmend unter Druck gesetzt. Auf Basis des Paragraphen §219a, der "Werbung" für Schwangerschaftsabbrüche verbietet, ist es in letzter Zeit vermehrt zu Klagen gekommen wie gegen die Ärztin Kristina Hänel. Nur an wenigen Hochschulen können angehende Medizinerinnen und Mediziner in Deutschland den Eingriff überhaupt noch erlernen.

Auf europäischer und internationaler Ebene gibt es ausserdem Bestrebungen, die Rechte insbesondere von Frauen einzuschränken, vor allem in rechtskonservativ geführten Ländern. Als Sozialdemokrat_innen dürfen wir diese Entwicklungen nicht hinnehmen und müssen mit gutem Beispiel vorangehen!

Als ASF Köln fordern wir, dass das Recht auf körperliche Selbstbestimmung in Deutschland und überall auf der Welt gewahrt und wirksam geschützt wird! Weg mit §219a!

Newsletter der Kölner Landtagsabgeordneten

Am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche tagte der Landtag NRW. Hier findet ihr den neuen Newsletter der Landtagsabgeordneten:

<https://us12.campaign-archive.com/?u=9e9f5858185e94dc6e63c4947&id=63efc843c6>

Termine

AsF

Mitgliederoffene Vorstandssitzung

Montag, 24. September 2018

19.30 Uhr

SPD-Parteihaus, Magnusstraße 18b, 50672 Köln

Die unterschiedlichen Projekte der AsF Köln (AK Prostitution, AK Vereinbarkeit, AK Körperliche Selbstbestimmung und Kommunalwahl) stellen den Stand der Dinge vor. Wir freuen uns über viele interessierte Frauen.

Jochen Ott, MdL

Köln, wir müssen reden!

Montag, 24. September 2018

21.00 Uhr

Wirtschaft „Zum Bunten Hund“, Bülowstraße 62, Ecke Nordstraße, Köln-Nippes

Zeit, Tacheles zu reden! Ab sofort jeden Montag um Punkt 21 Uhr. Gemütliche, unterhaltsame und knackige anderthalb Stunden Kneipentalk in der Wirtschaft „Zum bunten Hund“ in Nippes zu Top-Themen im Veedel, in der Stadt und im Land. „Köln, wir müssen reden“ heißt: Du kannst aktiv mitmachen, Fragen stellen und vor allem mitdiskutieren.

Dieses Mal mit: Harald Kraus, Betriebsratsvorsitzender KVB und Aufsichtsratsvorsitzender SWK. Sein Thema: „Sozialdemokratie und Arbeitnehmervertretung - passt das überhaupt noch?“

Jusos Mülheim

Sauberkeit im Veedel

Montag, 24. September 2018

19.00 Uhr

Bürgerzentrum Mütze, Berliner Str. 77, Köln

"Köln ist dreckig!" Dieser Satz sagt sich leicht, das Thema Sauberkeit ist ein Dauerbrenner in unserer Stadt. Knapp 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt halten dieses Thema für hochproblematisch. Doch was können wir Kölnerinnen und Kölner dagegen tun? Was muss die Politik tun, damit unsere Stadt sauberer wird? Die Jusos Köln-Mülheim laden herzlich ein, hierüber gemeinsam mit Ratsfrau Polina Frebel und Stephanie Otto (AWB) zu diskutieren!

AsF

Zukunft der Familienpolitik

Dienstag, 25. September 2018

19.00 Uhr

SPD-Parteihaus, Magnusstraße 18b, 50672 Köln

Anforderungen an Familien unterliegen einem ständigen Wandel und kommen in dieser schnelllebigen Zeit kaum den aktuellen Trends in der Arbeitswelt hinterher. Dabei fällt es Familien oft schwer, Erwerbs- und Familienarbeit gleichberechtigt zu verteilen. Reichen uns die ersten positiven Zeichen für mehr Gleichberechtigung auch bei der Sorgearbeit?

Ingrid Hack wird mit den wichtigsten Erkenntnissen aus dem Abschlussbericht der Enquetekommission zur „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ einen ersten Impuls setzen. Zudem wird Cornelia Spachholz (tbc) für den Verband berufstätiger Mütter e.V. (VBM) Stellung beziehen. Anschließend sollen die Impulse in unterschiedlichen Workshops aufgenommen und weiterentwickelt werden.

forum politik köln

Buchlesung mit Frank Überall

Dienstag, 25. September 2018

19.30 Uhr

Event Raum im Cöln Comic Haus, Bonnerstr. 9, 50677 Köln

Frank Überall liest aus seinem neuesten Buch:

„Es ist untersagt... Wie Verbote uns verwirren – und warum wir sie trotzdem brauchen“

Prof. Frank Überall, geboren 1971 in Leverkusen, ist Politologe, freier Journalist und Autor. Seit 2012 lehrt er an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln Journalismus und Politik/Soziologie. Seit 2015 ist Prof. Überall DJV-Vorsitzender. Auf das Thema Verbote wurde er vor vielen Jahren gemeinsam mit dem befreundeten Journalisten Wolfgang Jorzik aufmerksam. Zunächst fotografierten beide als künstlerisches Projekt Verbotsschilder. Später folgten Accounts in den sozialen Netzwerken und schließlich das Buch „Es ist untersagt... Wie Verbote uns verwirren – und warum wir sie trotzdem brauchen“.

Der Erlös aus dem Verkauf geht an die Familie von Wolfgang Jorzik, der 2015 verstarb..

AfB

Bildungsstammtisch

Donnerstag, 27. September 2018

19.00 Uhr

Café inside, Am Rinkenpfuhl 46, 50676 Köln

Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, sogar entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Soweit sind sich zumindest von der Kölner Kommunalpolitik bis zum Bundespräsidenten alle einig.

Doch wieso findet sich trotz Rechtsanspruchs nicht für jedes Kleinkind die passende Kita in Wohnortnähe? Wieso scheitert auch in diesem Schuljahr wieder die freie Elternwahl nach der gewünschten Schulform für die Sekundarschule I? Wieso bezahlen die Kölner Eltern höhere Kita-Gebühren als früher? Wie wird das neunjährige Abitur umgesetzt, wenn jetzt schon die Klassen überfüllt sind und es jetzt schon zu wenig Lehr- und Fachkräfte für einen gebundenen Ganzttag gibt?

Diese Fragen und noch viel mehr beantworten und diskutieren wir gerne in lockerer Atmosphäre mit allen Interessierten. Stellen Sie Fragen oder sagen Sie was Sie immer schon sagen wollten. Wir als SPD hören zu und freuen uns auf Ihren Besuch.

Da Inklusion und Teilhabe auch vorgelebt wird und im Kleinen bei uns selber anfängt, treffen wir uns in einem barrierearmen Café für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung.

SPD Ehrenfeld

Stammtisch: "Heimatkunde"

Donnerstag, 27. September 2018

19.30 Uhr

BüZeEhrenfeld, Venloer Straße 429, Köln

Die SPD Ehrenfeld lädt in ihrer monatlich stattfindenden beliebten Veranstaltungsreihe STAMMTISCH im September zu einer Diskussion über die sich zuspitzenden politischen Verwerfungen zum Thema 'Heimat' und 'Nation' vor dem Hintergrund des grassierenden Auseinanderdriftens von Reich und Arm, Globalisierung, dem unheilvollen Anwachsen von Rechtsradikalismus und Demokratieverachtung, Kriegen und Migrationsbewegung - hier herrscht Klärungsbedarf, erst recht vor der im kommenden Jahr anstehenden Wahl zum Europäischen Parlament.

"Ich habe nie verstanden, wieso die deutsche Linke den Patriotismus den Rechten überlassen hat", wundert sich der französische Philosoph Alain Badiou. Dieses deutsche Phänomen und seine Folgen erfordert eine gesellschaftliche Debatte, die in der SPD lange Zeit geradezu tabuisiert wurde und der man sich nicht weiter entziehen kann.

Befreit von Tagesordnung und Rednerliste werden persönliche Einschätzungen, Kritik und Ideen geteilt und debattiert - und das alles keineswegs auf Stammtischniveau! Ob die Gesprächsrunde gewohnt locker bleibt, wird man sehen.

AG "Beste Bildung NRW - ein Leben lang"

Gemeinsam leben und lernen: Wie kann Inklusion gelingen?

Freitag, 28. September 2018

16.00 Uhr

Geschäftsstelle der NRWSPD, Kavalleriestr. 16, Düsseldorf

Wir wollen uns an diesem Tag die Zeit nehmen und mit unseren Gesprächspartner*innen Anja Ihme, Rektorin der Grundschule Im Wiesengrund in Iserlohn, und Roland Schiefelbein, ehem. Schulleiter der Gesamtschule Nettetal, einer Vision von Guter Schule nähern. Danach werden wir uns in Arbeitsgruppen verschiedenen Themenkomplexen wie z. B. Multiprofessionalität, Organisation und Finanzierung mit konkreten Gelingensbedingungen für Gemeinsames Lernen in der Schule befassen.

Anmeldungen über den Link: : <https://nrw.spd-infoportal.de/?modul=veranstaltungen&Id=82f3bf7f1e1a4578aeceb792c18ca246>

Jochen Ott MdL & OV Nippes

Köln, wir müssen reden!

Montag, 1. Oktober 2018

21.00 Uhr

Wirtschaft „Zum Bunten Hund“, Bülowstraße 62, Ecke Nordstraße, Köln-Nippes

Zeit, Tacheles zu reden! Ab sofort jeden Montag um Punkt 21 Uhr. Gemütliche, unterhaltsame und knackige anderthalb Stunden Kneipentalk in der Wirtschaft „Zum bunten Hund“ in Nippes zu Top-Themen im Veedel, in der Stadt und im Land.

„Köln, wir müssen reden“ heißt: Du kannst aktiv mitmachen, Fragen stellen und vor allem mitdiskutieren.

Dieses Mal mit: Prof. Dr. Barbara Schock-Werner, Architektin, Kunsthistorikerin, Denkmalpflegerin und Hochschullehrerin. Ihr Thema: „Denkmalschutz: Fluch oder Segen?“

Gabriele Hammelrath, MdL und Jochen Ott, MdL

Besuch des Landtags NRW

Samstag, 6. Oktober 2018

Abfahrt 8.15 Uhr

Reisebushaltestelle Komödienstraße, Köln

Häufig liegen die Besucherprogramme unter der Woche, sodass kaum ein*e Arbeitnehmer*in daran teilnehmen kann. Daher gibt es jetzt die Chance den Landtag an einem Samstag zu besichtigen. Neben einer Einführung in die Arbeit des Landtags, wird es auch die Möglichkeit zur Diskussion mit den Abgeordneten und einen kleinen Imbiss geben.

Wir freuen uns auf Kinder und halten ein besonderes Programm für sie bereit. Bitte Alter bei der Anmeldung angeben. Für die gemeinsame Anreise mit dem Reisebus treffen wir uns am Samstag, den 06.10.2018 um 08:15 Uhr an der Reisebushaltestelle Komödienstraße.

Um einen Teil der Unkosten zu decken, wird für Erwachsene ein Teilnahmebeitrag von 6 € erhoben, welcher bei der Abfahrt eingesammelt wird. Eine Anmeldung ist zwingend bis zum 24.09.2018 an claudia.brock@landtag.nrw.de erforderlich.

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

„Du Jude!“ – Alltäglicher Antisemitismus in Deutschland

Mittwoch, 10. Oktober 2018

Forum VHS im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50676 Köln

Antisemitismus ist kein historisches Phänomen. Er gehört leider noch immer zum Alltag vieler Jüdinnen und Juden in Deutschland und begleitet diese in allen Lebenswelten. Wenn sich „Du, Jude“ als Schimpfwort auf dem Schulhof etabliert hat, dann muss diese Bedrohungslage für das jüdische Leben in Deutschland aufgegriffen und konsequent mit politischer Bildungsarbeit beseitigt werden. Da man mit dieser nicht früh genug beginnen kann, richtet sich diese Ausstellung insbesondere an junge Menschen. Mit Beispielen aus Internet, Sport und Musik knüpft sie an der Lebenswelt junger Menschen an und nimmt diese in ihren Fokus. Die Eröffnung findet am 10. Oktober im VHS-Forum des Rautenstrauch-Joest-Museums statt und kann vom 11. Oktober – 16. November besucht werden. Für Schulklassen und Jugendgruppen gibt es die Möglichkeit, an vertiefenden Workshops zur Ausstellung teilzunehmen.

SPD Köln-Mülheim/Buchforst

Zukunft der städtischen Kliniken - Wie geht es weiter?

Freitag, 12. Oktober 2018

19.00 Uhr

Bistro "Le Buffet" im Bezirksrathaus Köln-Mülheim am Wiener Platz

Ein in den letzten Monaten diskutierter Verkauf der städtischen Kliniken an die Unikliniken oder aktuell eine Fusion der Städtischen Kliniken mit der Uniklinik sind aus Sicht der lokalen SPD der falsche Weg. Die KölnSPD setzt sich vielmehr dafür ein, die städtischen Kliniken als Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge zukunftsfest aufzustellen. Es muss hierbei über alle Möglichkeiten einer intelligenten Kooperation als Teil der Daseinsvorsorge intensiv nachgedacht werden, die den Patienten*innen und Arbeitnehmer*innen dient. Dabei dürfen weder politische noch betriebswirtschaftliche Aspekte im Vordergrund stehen, sondern der Mensch muss wieder in den Mittelpunkt der Behandlung zurück. Die optimale Patientenversorgung der Kölner Bevölkerung muss unter Berücksichtigung der Veränderungen in der Medizin und der optimalen Entwicklung des Forschungsschwerpunktes der medizinischen Wissenschaft gewährleistet werden. Die KölnSPD schlägt eine Kommission unabhängiger Expertinnen und Experten vor, die die medizinischen, organisatorischen, rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für eine künftige vernetzte Krankenhausstruktur in Köln prüft.

Das Konzept stellen vor:

- Prof. Dr. Karl Lauterbach, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- Michael Paetzold, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion

Moderation und Begrüßung: Dr. Tobias Jacquemain, Vorsitzender der SPD Köln-Mülheim/Buchforst und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Rates der Stadt Köln

ELDE Haus

Der Kampf um die deutsche Schuld

Sonntag, 14. Oktober 2018

11.00 Uhr

Forum VHS im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50676 Köln

Der Skandal als vorlauter Bote. Die großen deutschen Geschichtsdebatten als Selbstaufklärung und Schuldaneignung der Gesellschaft. Der Kampf um die deutsche Schuld. Weizsäcker-Rede (1985), „Historikerstreit“ (1986) und Jenninger-Sturz (1988)

Karten: Tel. 0221 – 22126332; Mail: nsdok@stadt-koeln.de, NS-DOK, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln und an der Tageskasse im Filmforum NRW, im Museum Ludwig, Bischofsgartenstraße 1, 50667 Köln

KölnSPD

Zukunftsfähige Stadt – Infrastrukturen

Dienstag, 6. November 2018

19.30 Uhr

Bürgerzentrum Nippes, Altenberger Hof, Mauener Str. 92, 50733 Köln

Köln – die wachsende Metropole am Rhein erfüllt als Oberzentrum bereits heute zahlreiche Versorgungsfunktionen für ihre Bürger und das Umland. Doch welche Infrastruktureinrichtungen wird die Stadt bereitstellen müssen, um auch den zukünftigen Anforderungen gerecht werden zu können? Im Verkehrssektor wird ein Trend vom motorisierten Individualverkehr zum Umweltverbund (zu Fuß, Fahrrad, ÖPNV) immer deutlicher. Nach neuen logistischen Lösungen für den Paket- und Lieferverkehr wird gesucht. Die Versorgung mit ausreichend Sport- und v.a. Bildungseinrichtungen ist Thema vieler Diskussionen. Und auch die Chancen der Digitalisierung sollen zum Wohle der Stadt progressiv angegangen und genutzt werden.

Zu diesen und weiteren Themenfeldern wollen wir uns informieren, austauschen und als Sozialdemokraten positionieren. Das Köln von morgen – welche Infrastruktur braucht es?

<https://www.facebook.com/events/667215543657224/?ti=icl?>

ELDE Haus

Die Wehrmachtausstellung

Donnerstag, 8. November 2018

19.30 Uhr

Clubhaus TVR, Sürther Straße 195, 50999 Köln

Viele Eltern sind unsicher, welche weiterführende Schule gut für ihr Kind ist. Was geschieht, wenn das Kind in der Schule überfordert oder unterfordert ist? Was geschieht, wenn sich das Kind anders entwickelt, als erwartet?

Die SPD Rodenkirchen möchte mit Eltern darüber sprechen, welche Kriterien bei der Wahl der Schulform sowie bei der Entscheidung für eine bestimmte Schule zu beachten sind. Darüber hinaus soll mit allen interessierten Bürgern darüber diskutiert werden, welche Schulen und Weiterbildungsmöglichkeiten unser Land braucht, vor allem vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung.

Referentin: Dagmar Naegele (Stellvertretende Landesvorsitzende der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule NRW)

ELDE Haus

Die Wehrmachtausstellung

Sonntag, 11. November 2018

11.00 Uhr

Forum VHS im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50676 Köln

Der Skandal als vorlauter Bote. Die großen deutschen Geschichtsdebatten als Selbstaufklärung und Schuldaneignung der Gesellschaft. "Die Wehrmachtausstellung" oder "Die Rückkehr der Täter" (1996-1999), Karten: Tel. 0221 – 22126332; Mail: nsdok@stadt-koeln.de, NS-DOK, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln und an der Tageskasse im Filmforum NRW, im Museum Ludwig, Bischofsgartenstraße 1, 50667 Köln - Preise: 10 Euro, ermäßigt 8 Euro.

ELDE Haus

Der Brandstifter

Sonntag, 9. Dezember 2018

11.00 Uhr

Forum VHS im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50676 Köln

Der Skandal als vorlauter Bote. Die großen deutschen Geschichtsdebatten als Selbstaufklärung und Schuldaneignung der Gesellschaft. „Der Brandstifter“. Martin Walsers Rede in der Frankfurter Paulskirche (1998)

Karten: Tel. 0221 – 22126332; Mail: nsdok@stadt-koeln.de, NS-DOK, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln und an der Tageskasse im Filmforum NRW, im Museum Ludwig, Bischofsgartenstraße 1, 50667 Köln Preise: 10 Euro, ermäßigt 8 Euro.

V.i.S.d.P.: Frank Mederlet, SPD Köln, Magnusstr. 18b, 50672 Köln; Redaktion: Marco Malavasi; Bildnachweise: maxbasel, privat